

20. CERCLE STRATÉGIQUE FRANCO-ALLEMAND

Die zivilen und militärischen Dimensionen des Nuklearen aus französischer und deutscher Sicht

Mulhouse, 11. und 12. Juni 2009

EINLEITUNG

Am 11. und 12. Juni 2009 fand in Mulhouse die 20. Tagung des *Cercle Stratégique franco-allemand* statt, organisiert vom Institut de Relations Internationales et Stratégiques (IRIS) und dem Pariser Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung. Während bei den bisherigen Treffen stets verschiedene Themen behandelt worden waren, stand dieses Mal ein Hauptthema im Mittelpunkt: Die zivilen und militärischen Dimensionen des Nuklearen aus deutscher und französischer Sicht.

Dieses Thema eignet sich aus mehreren Gründen besonders gut für eine ausführlichere Diskussion. Erstens ist die nukleare Frage angesichts der weltpolitischen Spannungen um die diesbezüglichen Ambitionen des Irans und Nordkoreas, und nach der Rede des amerikanischen Präsidenten Barack Obama am 5. April 2009 in Prag, in der er zu einer Welt ohne Atomwaffen aufrief, hochaktuell. Auch sind sich Frankreich und Deutschland in der Frage der zivilen und militärischen Nutzung der Kernenergie uneinig, womit die Voraussetzungen für eine substantielle Debatte und einen intensiven Gedankenaustausch gegeben waren.

Die Rolle der Kernenergie in der zukünftigen Energielandschaft ist zwischen Frankreich und Deutschland ein Streitpunkt. Mit einem Kernenergieanteil von mehr als 80% der Stromproduktion gehört Frankreich in diesem Bereich zur weltweiten Spitze. Deutschland seinerseits hat beschlossen, schrittweise aus der Kernenergie auszusteigen, und zwei Drittel der Deutschen wollen diesen Prozess fortsetzen oder sogar beschleunigen. Diese beiden entgegengesetzten Ansätze und die Argumente beider Seiten gaben den Teilnehmern die Gelegenheit, sich mit verschiedenen Fragen zum Thema zivile Kernenergie auseinanderzusetzen, wie z. B.: Umwelt (Klimawandel, Entsorgung nuklearer Abfälle, erneuerbare Energien), wirtschaftliche Faktoren (Kosten der Errichtung und des Unterhalts von Kernkraftwerken, fluktuierende Energiepreise aufgrund der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus dem Ausland), und Sicherheit (Bekämpfung der Proliferation und mögliche Reaktorunfälle).

Der letztgenannte Punkt – die Sicherheit – stand im Mittelpunkt der zweiten Debatte zum Thema zivile Nukleartechnologie und –exporte: Sicherheitsfragen und Proliferationsrisiken. Als weltweit führende Nation im Bereich Kernenergie möchte Frankreich sein Fachwissen natürlich weiterhin exportieren, während Deutschland zwar die Eigenproduktion von Kernkraft schrittweise einstellt, aber gleichzeitig mehrere Unternehmen (wie z. B. Siemens) aufweist, die sich auf diesem Feld spezialisiert haben und ihre Aktivitäten weiterentwickeln möchten.

Das deutlichste Beispiel für die Risiken der Proliferation ist der indische Atombombentest im Jahre 1974. Das Plutonium für die Bombe stammte aus einem kleinen Forschungsreaktor, den Kanada im Rahmen eines weitreichenden « Technologietransfers » in den 50er und 60er Jahren geliefert hatte. Ein aktuelleres Beispiel ist das Terrornetz Abdel Qader Khans und seine Beziehungen zu den Nuklearprogrammen des Irans, Libyens und Nordkoreas.

Der zweite Tag des *Cercle stratégique* war der militärischen Nutzung der Kernkraft gewidmet. In der ersten Diskussion ging es um die Frage der Zukunft der Atomwaffen. Die Debatten drehten sich insbesondere um die Bedeutung einer gemeinsamen Abschreckungspolitik sowie um die Herausforderungen der nächsten Konferenz zum Nichtverbreitungsvertrag (NVV) im Jahr 2010. Obamas Rede am 5. April in Prag hat eine zusätzliche Dimension hinzugefügt auf einem Gebiet, auf dem sich die Standpunkte Deutschlands und Frankreichs nicht immer decken. Aufgrund seines Status als europäische Atommacht unterstützt Frankreich gemeinhin die Idee einer Mindestabschreckung mit dem Ziel einer besseren Sicherheit für Europa. Deutschland dagegen spricht sich entschlossen gegen Atomwaffen aus und hat die Rede Obamas begrüßt.

Die vierte und letzte Diskussion des 20. *Cercle stratégique* befasste sich mit den Risiken der nuklearen Proliferation und möglichen Gegenmaßnahmen. Die Gespräche drehten sich in erster Linie um bestehende Instrumente im Kampf gegen nukleare Proliferation, wie der NVV und die Proliferation Security Initiative (PSI). Auch die potenzielle Rolle von terroristischen Gruppierungen und anderen nicht-staatlichen Akteuren in der nuklearen Proliferation kam zu Sprache.

Wie in den vergangenen Jahren nahmen auch diesmal zahlreiche Politiker, Experten und Vertreter von Unternehmen und Institutionen am *Cercle stratégique franco-allemand* teil. Das Ergebnis war ein offener und angeregter Dialog über eine der zentralen Herausforderungen der Gegenwart.

Programm

Donnerstag, 11. Juni 2009

Die Kernenergie in der zukünftigen Energielandschaft

Lutz Mez, stellvertretender Direktor der Forschungsstelle für Umweltpolitik, Freie Universität Berlin

Christian Cleutinx, Generaldirektor der Versorgungsagentur Euratom, Europäische Kommission

Diskussion

Moderator : **Ernst Hillebrand**, Leiter des Pariser Büros der FES

Zivile Nukleartechnologien und –exporte : Sicherheitsfragen und Proliferationsrisiken

Deutsche Perspektiven

Oliver Thränert, Senior fellow, Forschungsgruppe SWP/z.Zt. ETH Zürich

Französische Perspektiven

Denis Le Fers, Stellvertretender Leiter der Abteilung Kontrolle und Proliferation, Délégation aux Affaires stratégiques, Verteidigungsministerium

François Scheer, Internationaler Berater der Vorstandsvorsitzenden, AREVA

Diskussion

Moderator : **Jacques Boyon**, Vorsitzender des IRIS

Freitag, 12. Juni 2009

Welche Zukunft für Atomwaffen ?

- Welche Abschreckungsdoktrin für Europa?
- Die Herausforderungen der Konferenz 2010 zur Überprüfung des Atomwaffensperrvertrags

Presentation of the SIPRI study: "The Future of Nuclear Weapons in NATO"

Ian Anthony, Senior fellow, SIPRI

Deutsche Perspektiven

Gernot Erler, Staatsminister im Auswärtigen Amt

Französische Perspektiven

Jean-Marie Bockel, Staatssekretär für Verteidigung und Kriegsveteranen beim Verteidigungsminister

Diskussion

Moderator : **Pascal Boniface**, Leiter des IRIS

Das Proliferationsrisiko und mögliche Maßnahmen

- Die Instrumente im Kampf gegen nukleare Proliferation : der NPT und die UN-Resolution 1540
- Proliferation und Terrorgruppen : Risiken und mögliche Szenarien

Deutsche Perspektiven

Uta Zapf, MdB, Deutscher Bundestag

Französische Perspektiven

Jean-Pierre Chevènement, Senator des Territoire de Belfort, Vize-Präsident des Ausschusses für Auswärtiges Angelegenheiten, Verteidigung und Streitkräfte im Senat, Minister a.D.

Xavier Jarry, militärischer Berater des Leiters der Abteilung militärische Anwendungen, Kommissariat für Atomenergie

Diskussion

Moderator : **Jean-Pierre Maulny**, stellvertretender Leiter des IRIS

DIE KERNENERGIE IN DER ZUKÜNFTIGEN ENERGIELANDSCHAFT

Lutz Mez, stellvertretender Direktor der Forschungsstelle für Umweltpolitik, Freie Universität Berlin

Christian Cleutinx, Generaldirektor der Versorgungsagentur Euratom, Europäische Kommission

Diskussion

Moderator : **Ernst Hillebrand**, Leiter des Pariser Büros der FES

Die Deutschen sind der Ansicht, dass zivile Kernenergie in der Stromerzeugung ein erhebliches Gefährdungspotential aufweist. Viele Fragen, wie z. B. die Entsorgung nuklearer Abfälle oder die Reaktorsicherheit, bleiben unbeantwortet. Unfälle in der Vergangenheit – von denen Tschernobyl und Three Mile Island die folgenschwersten waren – beweisen, dass die Sorgen berechtigt sind. Die Franzosen halten dem entgegen, dass die Technik seit diesen Ereignissen bedeutende Fortschritte gemacht hat und so das Unfallrisiko beträchtlich verringert werden konnte. Der deutsche Standpunkt wurde von Lutz Mez, Geschäftsführer der Forschungsstelle für Umweltpolitik an der Freien Universität Berlin, dargelegt. Den Standpunkt der EU stellte Christian Cleutinx vor, Generaldirektor der Versorgungsagentur EURATOM.

Die meisten Befürworter der zivilen Kernkraft berufen sich auf das Argument der (Un-)Abhängigkeit in der Stromversorgung. Dieses wurde Ende 2008/Anfang 2009 erneut aktuell, als die Ukraine und Russland in einen Streit um Kosten, Transitrecht und Nutzung der Pipelines gerieten, dessen Folgen auch Europa zu tragen hatte. Aufgrund der europäischen Abhängigkeit vom russischen Gas fanden sich Millionen EU-Bürger mitten im Winter plötzlich ohne Heizung wieder. Einige EU-Mitgliedsstaaten – z. B. Großbritannien – verfügen für solche Fälle über Erdöl- und/oder Gasreserven, aber ein Großteil ist auf Energieimporte angewiesen. Frankreich bildet hier eine Ausnahme: seine hoch entwickelte Nuklearindustrie macht es zu einem Netto-Stromexporteur. Somit stellt der Rückgriff auf Kernenergie eine zumindest partielle Lösung für die Versorgungsabhängigkeit dar. Die Nutzung von lokalen Kernkraftwerken stärkt die Unabhängigkeit der europäischen Staaten. Zusätzlich zum Argument der Versorgungsunabhängigkeit kann auch der relative stabile Preis der Kernenergie angeführt werden. So sind Unterhalts- und Wartungskosten eines Reaktors – wenn er erst einmal gebaut ist – kaum fluktuierend. Eine solche Preisstabilität ist für die europäischen Staaten eine Unabhängigkeitsgarantie, die sie vor willkürlichen Beschlüssen von Drittstaaten schützt.



Lutz Mez, Freie Universität Berlin, Ernst Hillebrand, FES Paris, Christian Cleutinx, Euratom

Diejenigen, die sich für einen Ausbau der Kernenergie stark machen, heben zudem hervor, dass die erneuerbaren Energien – laut Nukleargegnern eine bessere Antwort auf das Energiedilemma Europas und sogar der Welt – der Herausforderung noch nicht gewachsen sind. Die aus erneuerbaren Quellen stammende Energie reicht nicht aus, den Bedarf zu decken. Auch sind erneuerbare Energien sowohl in der Versorgung wie auch im Preis fluktuierend, da sie oft von instabilen Faktoren wie Sonneneinstrahlung (Solarenergie) oder Windstärke (Wind-

energie) abhängen. In Bezug auf die Nachhaltigkeit der Kernkraft weisen viele darauf hin, dass – obwohl es sich beim Uran und bei den anderen verwendeten Stoffen um endliche Ressourcen handelt – die geschätzten Vorkommnisse die ganze Welt noch während Tausenden von Jahren mit Energie beliefern können. Da die Kernkraft weder CO₂ noch andere chemischen Stoffe produziert, die sich negativ auf das Klima auswirken, stellt sie im Hinblick auf das Problem des Klimawandels eine gute Alternative dar.

Europa war ein Vorreiter auf dem Feld der zivilen Kernenergie und kann in dieser Frage durchaus eine Führungsrolle beanspruchen. Ein Ausbau des Nuklearsektors könnte deshalb bei der Ankurbelung der Wirtschaft eine wichtige Rolle spielen, durch Schaffung von Arbeitsplätzen, Stärkung der Stahl- und Betonindustrie, usw. Die Kernenergie ist zwar sicher nicht die einzige Antwort auf den Klimawandel, doch kann sie zweifellos eine positive Rolle spielen. Wie ein Teilnehmer betonte, darf die Kernkraft trotz ihrer inhärenten Gefahren nicht verteufelt und von den Energieversorgungsoptionen ausgeschlossen werden. Die Befürworter der Kernenergie unterstrichen, dass aus französischer Sicht die Entscheidung, die Kernenergie zum zentralen Pfeiler der Energieversorgung zu machen, legitim ist, und dass die Deutschen, selbst wenn sie anderer Meinung sind, die Wahl Frankreichs respektieren müssen. Die meisten Energiequellen haben negative Aspekte. Solange keine bessere Lösung gefunden wird, die sowohl dem Bestreben nach Versorgungsunabhängigkeit als auch dem Problem des Klimawandels gerecht wird, muss die Kernkraft als eine legitime Alternative betrachtet werden.



Ernst Hillebrand, FES Paris, Christian Cleutin, Euratom, Jean-Pierre Maulny, IRIS

Die deutschen Teilnehmer ihrerseits unterbreiteten ihre Hauptargumente gegen die Kernkraft und betonten dabei insbesondere die Frage der nuklearen Abfälle und die Gefahr einer Reaktorkatastrophe. Auch die hohen Kosten der Kernenergie und die erforderlichen menschlichen Ressourcen kamen zur Sprache. Immer weniger Studenten entschließen sich zum Studium der Physik und der Nukleartechnologie. Ohne ein bedeutendes Reservoir von Fachleuten und Wissenschaftlern wird es zunehmend schwierig sein, mit dem heutigen Funktionsstand in der Kernkraft Schritt zu halten – ganz zu schweigen vom Ausbaupotenzial, das dadurch beeinträchtigt wird. Viele französische Experten werden bald in den Ruhestand treten. Wenn Frankreich die Sicherheit seiner Reaktoren auf dem höchstmöglichen Stand behalten will, wird es eine Lösung für den Mangel an verfügbaren Fachkräften finden müssen. Neben der Kostspieligkeit eines Kernkraftwerks muss berücksichtigt werden, dass zwischen Baubeschluss und Betriebsbeginn durchschnittlich rund 17 Jahre vergehen. Aufgrund der hohen Kosten für den Reaktorbau und die Entsorgung nuklearer Abfälle ist die Kernenergie auf beträchtliche staatliche Zuschüsse angewiesen. Aus Sicht der deutschen Teilnehmer könnten diese Gelder stattdessen in die Entwicklung erneuerbarer Energien gesteckt werden.

Neben dem Fachkräftemangel und den hohen Kosten der Kernkraft drehten sich die Argumente der Nukleargegner hauptsächlich um Umwelt- und Sicherheitsprobleme. Die Sicherheit beim Betrieb des Reaktors (Kernschmelze, Leck) sowie dessen Schutz vor äußeren Bedrohungen (Diebstahl, Attentat) sind entscheidende Fragen, im ersten Fall aufgrund von Verseu-

chungsgefahr, im zweiten wegen des Proliferationsrisikos. Kernkraftwerke erfordern höchste Sicherheitsstandards, und selbst so kann absolute Sicherheit nicht garantiert werden.

Die Umweltfrage wurde sowohl auf deutscher wie auf französischer Seite als Argument herangezogen. Während die Kernkraftbefürworter die Abwesenheit von Treibhausgasemissionen betonen, um den Ausbau der Kernenergie zu rechtfertigen, weisen die Gegner darauf hin, dass viele Fragen hinsichtlich der Entsorgung radioaktiver Abfälle und der Dauer, während derer die Isotope eine radioaktive Bedrohung darstellen, weiterhin unbeantwortet sind. Würde man zudem sämtliche Emissionen, die beim Bau und beim Betrieb eines Kernkraftwerks freigesetzt werden, berücksichtigen, so käme heraus, dass die Kernkraft ungefähr die gleiche Menge Treibhausgase produziert wie die anderen Stromerzeugungsmethoden.

Das Hauptargument der Nukleargegner ist die Entsorgung nuklearer Abfälle. Bislang ist noch keine nachhaltige Lösung für dieses Problem gefunden worden. Mehrere Teilnehmer zeigten sich skeptisch hinsichtlich der Entsorgung nuklearer Abfälle in Entwicklungsländern. Können sie ökologisch transportiert und beseitigt werden – von der Sicherheit ganz zu schweigen? Solange diese Fragen offen bleiben, kann die Möglichkeit einer Ausbreitung der zivilen Kernenergie nach Ansicht ihrer Gegner nicht realistisch ins Auge gefasst werden. Zu viele Faktoren sind nicht unter Kontrolle.

Angesichts der ungewissen Kosten – für die Wirtschaft, die Umwelt und selbst die Sicherheit – stellt sich für die Deutschen die Frage: Warum betrachten wir die Kernenergie weiterhin als die beste Alternative, anstatt unsere Anstrengungen auf die Entwicklung erneuerbarer Energien zu konzentrieren, die realisierbar und nachhaltig sind? Die Befürworter erneuerbarer Energien glauben, dass dieser Wirtschaftszweig potenziell mehr Arbeitsplätze schaffen kann als der Sektor der fossilen Brennstoffe und der Kernkraft und folglich eine bessere Antwort auf die Wirtschaftskrise darstellen könnte.

Wie ein Teilnehmer bemerkte, hat die Frage der zivilen Kernenergie zwischen Franzosen und Deutschen beinahe existenzielle Dimensionen angenommen. Während die Kernenergie fast schon als Aspekt der französischen Kultur betrachtet werden muss, setzt sich ihre Ablehnung in der deutschen Gesellschaft immer mehr durch. Entsprechend schwer fällt es den beiden Staaten, angesichts der entgegengesetzten Standpunkte zu einer Einigung zu kommen. Jenseits der deutsch-französischen Meinungsverschiedenheit – pro oder kontra Kernkraft? – stellt sich die Frage der Haltung, welche die EU vor dem Rest der Welt einnehmen will und kann. Will sie, dass Staaten, die unter Umständen nicht in der Lage sind, Kernkraftwerke zu entwickeln und/oder deren Sicherheit zu gewährleisten, dies trotzdem versuchen? Oder sollte die EU vielmehr ein Exempel sein und aus Vorsichtsgründen erneuerbaren Energien vor einem Ausbau der Kernenergie den Vorzug geben? Ein auf der Entwicklung erneuerbarer Energien basierendes Modell würde die risikofreie Förderung nachhaltiger Lösungen ermöglichen. In jedem Fall geht es in erster Linie darum, den Entwicklungsländern durch Kooperation den Zugang zu Technologien zu erleichtern und so Skaleneffekte zu begünstigen, unabhängig vom betroffenen Wirtschaftszweig.

ZIVILE NUKLEARTECHNOLOGIEN UND –EXPORTE : SICHERHEITSFRAGEN UND PROLIFERATIONSRISEN

Deutsche Perspektiven

Oliver Thränert, Senior fellow, Forschungsgruppe SWP/z.Zt. ETH Zürich

Französische Perspektiven

Denis Le Fers, Stellvertretender Leiter der Abteilung Kontrolle und Proliferation, Délégation aux Affaires stratégiques, Verteidigungsministerium

François Scheer, Internationaler Berater der Vorstandsvorsitzenden, AREVA

Diskussion

Moderator : **Arthur Paecht**, Ehrenvorsitzender des IRIS

In Hinblick auf die Herausforderungen der Proliferationsgefahr und der Sicherung von Kernkraftwerken sind sich Frankreich und Deutschland in vielen Punkten einig. Niemand will, dass ungenügende Kontrollmaßnahmen zu illegaler Proliferation führen oder nicht wiedergutmachende Ereignisse wie Reaktorkatastrophen oder radioaktive Verseuchung zur Folge haben. Doch dies ändert nichts an der Tatsache, dass Frankreich weiterhin sein Fachwissen exportieren will, um auf dem Feld der zivilen Kernenergie führend zu bleiben. Deutschland seinerseits hat sich zwar verpflichtet, die nationale Produktion und Nutzung von Kernkraft schrittweise einzustellen, doch gleichzeitig haben einige führende Unternehmen des Sektors, wie z. B. Siemens, ihren Sitz in Deutschland. Die Frage ist deshalb nicht, ob die Proliferation und die Risiken unterbunden werden sollen, sondern vielmehr, wie das geschehen soll. Eine genaue Evaluierung der Risiken, gefolgt von einer klaren Festlegung der Grenzen des zivilen Kernkraftsektors, scheint dabei unumgänglich. Auch in diesem methodologischen Punkt gab es zwischen Deutschen und Franzosen Meinungsverschiedenheiten. Oliver Thränert, Senior Fellow der Arbeitsgruppe „Sicherheitspolitik“ der *Stiftung Wissenschaft und Politik* und gegenwärtig an der ETH in Zürich tätig, präsentierte den deutschen Standpunkt, während Denis Le Fers, stellvertretender Leiter der Abteilung Kontrolle und Proliferation der Delegation für strategische Angelegenheiten des französischen Verteidigungsministerium und François Scheer, internationaler Berater der Vorstandsvorsitzenden von AREVA, die Standpunkte der französischen Regierung und der Industrie vertraten.

In der Diskussion über die Proliferation wurden zwar wiederholt negative Präzedenzfälle genannt, doch in erster Linie drehten sich die Gespräche um aktuelle Anliegen, wie die Frage des Iran und Nordkoreas. Was die erforderlichen Maßnahmen anbelangt, so betonte man vor allem die Entwicklung von Inspektionsverfahren und die Notwendigkeit einer Internationalisierung des Sektors, welche die Überwachung, Transparenz und Kontrolle stärken sollen.



Arthur Paecht, IRIS, Oliver Thränert, SWP

Gemäß Artikel IV des Nichtverbreitungsvertrages (NVV) hat jeder Mitgliedsstaat das Recht, Kernenergie zu friedlichen Zwecken zu nutzen. Mehrere Präzedenzfälle, wie z. B. Indien in der 50er und 70er Jahren oder der Irak Saddam Husseins in den 80er Jahren, haben allerdings die Grenzen dieses Artikels vor Augen geführt. Als Fassade missbraucht, hat er es einigen Staaten ermöglicht, heimlich Programme zu entwickeln, deren Zwecke nicht nur friedlich waren. Heute sind es in erster Linie die Nuklearprogramme des Irans und Nordkoreas, die weltweit zur Sorge Anlass geben. Während Nordkorea bereits eine Atomwaffe entwickelt hat und aus dem NVV ausgetreten ist, liegt im Falle des Irans bislang nur der Verdacht vor, dass er dieses Ziel unter dem Deckmantel eines zivilen Kernenergieprogramms anstrebt. Allerdings äußern mehrere Beobachter Zweifel über die tatsächlichen nuklearen Ambitionen der religiösen Führer des Iran und betonen stattdessen die realen Gefahren für den NVV. Es hat sich gezeigt, dass Staaten, sobald sie eine gewisse Fertigkeit in der Kernkrafttechnik entwickelt haben, dazu neigen, ihre nuklearen Kapazitäten immer weiter auszubauen – auch in militärische Richtung. In diesem Zusammenhang wurde ein von zwei amerikanischen Wissenschaftlern der Clinton-Regierung verfasster Artikel zitiert, in dem diese warnen, der Iran dürfe nicht in den Besitz der Kernenergie gelangen, denn sobald er darin ein gewisses Niveau erreicht habe, werde er auch Uran anreichern wollen – und genau so ist es geschehen. Zudem konnte im Falle des Iran die Internationale Atomenergieorganisation (IAEA) nicht mit Sicherheit bestimmen, ob das iranische Nuklearprogramm friedlich sei oder auf Waffenherstellung ausgerichtet sei. Dies zeigt erneut, wie wichtig die beiden oben genannten Punkte sind: Überwachung und Internationalisierung.

Die IAEA ist die wichtigste unabhängige Instanz zur Überprüfung der Konformität ziviler Nuklearprogramme mit internationalen Vorschriften. Heute haben die IAEA-Inspektoren bedeutend mehr Kontroll- und Evaluationsbefugnisse als früher, aber ihr Zugang ist immer noch beschränkt. Viele Staaten, die ein Nuklearprogramm entwickeln wollen, betrachten die Präsenz internationaler Inspektoren als eine Verletzung ihrer Souveränität und zeigen sich nur begrenzt kooperativ. Angesichts dieser Mängel und Hindernisse ist es wichtig, dass bei der Entwicklung der Inspektionsinitiativen und Kontrollmechanismen die Empfindlichkeiten der Staaten in Bezug auf ihre Souveränität so weit wie möglich berücksichtigt werden.



Denis Le Fers, DAS, Botschafter François Scheer, Areva

Ein möglicher Schritt hin zu einer Lösung des Proliferationsproblems wäre die Internationalisierung. Sie würde bedeuten, dass ein Staat Fachwissen und Materialien nicht mehr aus anderen Staaten importieren könnte, sondern als einzigen Gesprächspartner eine internationale Organisation hätte – wie z. B. eine Uranbank unter dem Dach der IAEA –, die für die Verbreitung von nukleartechnologischem Fachwissen und die Beschaffung der nötigen Materialien zuständig wäre. So gäbe es nur noch einen legalen Weg zum Fachwissen in der Kernkrafttechnik. Da alle Länder den gleichen Kontrollen und Zwängen unterworfen wären, würde auch die Beschuldigung der Einmischung in innere Angelegenheiten weniger oft laut. Die Frage ist, ob ein solches internationales System wirtschaftlich möglich ist, und nach welchen

Kriterien der Zugang zum Fachwissen gewährt würde. Auch könnte eine solche Institution den Artikel IV des NVV in Frage stellen.

Außer den Nuklearprogrammen des Iran und Nordkoreas geben – in geringerem Ausmaß – auch Ägypten, Syrien, Pakistan und Saudi Arabien Anlass zur Sorge. Obwohl nicht anzunehmen ist, dass Ägypten nach Atomwaffen strebt, bestehen Befürchtungen hinsichtlich möglicher Uranvorräte und deren Sicherheit. Der Verdacht, dass auch Syrien versuchen könnte, in den Besitz der Atombombe zu gelangen, ist seit der israelischen Bombardierung einer verdächtigen nuklearen Anlage in Syrien bedeutend gewachsen. Die verhaltene Reaktion Syriens hat diesen Verdacht bestärkt, umso mehr als Syrien Beziehungen zu Nordkorea unterhält. Auch Saudi Arabien könnte sich angesichts des nach dem Irakkrieg eingetretenen neuen regionalen Gleichgewichts, zu dem nicht zuletzt ein Iran mit atomaren Ambitionen gehört, für die Urananreicherung zu interessieren beginnen. In jedem Fall kann die neue strategische Möglichkeit eines nuklearen Iran nur zu einem Aufrüstungswettlauf – auch mit Atomwaffen – im Nahen Osten führen. Da Saudi Arabien das Atomwaffenprogramm Pakistans finanziell massiv unterstützt hat, ist damit zu rechnen, dass das Königreich in relativ kurzer Zeit in den Besitz einer Atombombe gelangen könnte.

Trotz gewisser Befürchtungen angesichts möglicher Proliferation brachten viele Teilnehmer ihr Vertrauen in die Nuklearindustrie zum Ausdruck. Letztere sei noch nie so sicher gewesen wie heute, und die Proliferationsgefahr werde durch die Beachtung gewisser Vorsichtsmaßnahmen beträchtlich verringert. Die Befürworter der Nuklearindustrie erinnerten an die offizielle Erklärung des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy, dass jedem Staat, der zu friedlichen Zwecken Zugang zur Kernenergie anstrebt, dieser gewährt werden sollte – nach Überprüfung gewisser Kriterien und Anforderungen, versteht sich. Wie im Laufe der Debatte bemerkt wurde, wird kein Industriezweig weltweit so streng kontrolliert wie der Nuklearsektor. Entgegen der Meinung der Befürworter der Internationalisierung des Nuklearsektors waren andere Teilnehmer der Ansicht, dass internationale Mechanismen zwar wichtig seien, aber nicht die Regel sein müssen. Internationale Instanzen sollten erst zugeschaltet werden, wenn die Verhandlungen und Kontrollverfahren zwischen Lieferant und Käufer gescheitert seien – mit anderen Worten, bilateralen Beziehungen müsse vor multilateralen internationalen Abkommen der Vorzug gegeben werden. Ein Teilnehmer bestritt, dass zwischen der steigenden zivilen Nutzung der Kernenergie und dem Anwachsen nuklearer Arsenale ein Zusammenhang bestehe. Es gäbe kein Beispiel für ein Land, das über die Nutzung ziviler Kernkraft zur Atombombe gelangt sei. Auch dürfe nicht vergessen werden, dass die Nukleartechnologie extrem schwierig zu entwickeln und/oder zu reproduzieren sei. Das ist zwar nichts Neues und war schon immer so, doch mit jeder weiteren Entwicklung der zivilen Nukleartechnologie werden die Verfahren komplexer, und damit nimmt auch das Proliferationsrisiko stetig ab. Durch die Entwicklung von Reaktoren der vierten Generation werden sicher zahlreiche Risiken ausgeräumt werden können. Für die Kernkraftindustrie, die sich den bestehenden Regelungen und Kontrollen unterwerfen muss, ist die Proliferation weniger ein technisches oder industrielles als vielmehr ein politisches Problem. Entsprechend ist es Aufgabe der internationalen Gemeinschaft, und nicht der Kernkraftindustrie, die Proliferationsrisiken außerhalb des bestehenden Regulationsrahmens zu überwachen und zu verringern.

Wie mehrere Teilnehmer betonten, muss heute in erster Linie sichergestellt werden, dass diejenigen Länder, welche die erforderlichen Sicherheitsgarantien für den Betrieb und den Unterhalt von Kernkraftanlagen nicht liefern können, anderen Energieformen den Vorzug geben und auf Kernenergie verzichten, solange sie den Anforderungen nicht genügen. Nukleartechnologien und –materialien sollten nur in vertrauenswürdige Staaten exportiert werden, d. h. in Staaten, welche die Sicherheit ihrer Einrichtungen gewährleisten können. Doch diese Methode hat Schwächen: Wer bestimmt, ob ein Staat vertrauenswürdig oder verdächtig ist? Und was tun, wenn ein bis anhin vertrauenswürdiger Staat auf einmal "verdächtiges" Verhalten an den Tag legt, nachdem er auf legalem Weg Nukleartechnologien erhalten hat? Dies könnte nach einem Staatsstreich geschehen, oder auch nur nach einem demokratischen Regierungswechsel. Denken wir nur an das Beispiel der Partnerschaft zwischen Siemens und dem Iran (unter dem Schah) beim Bau eines Reaktors. Damals hatten die westlichen Staaten keine Bedenken, mit dem iranischen Regime zusammenzuarbeiten – dies änderte sich schlagartig mit der islamischen Revolution von 1979. Angesichts dieser politischen Ungewiss-

heiten, und in Anbetracht der Risiken, die mit der Nukleartechnologie einhergehen, stellt sich die Frage, ob nicht jeglicher Export von Nukleartechnologie (Material und Fachwissen) beträchtlich zur Proliferation beiträgt.

Bezüglich der Sicherheit bestehender Anlagen wurde unterstrichen, dass die Sicherheitsmaßnahmen und Sicherheitsanforderungen von Land zu Land sehr unterschiedlich sein können. Dies ist besorgniserregend in Staaten, in denen terroristische Gruppierungen von unzureichenden Sicherheitsvorkehrungen profitieren können. Obwohl angesichts der hohen technischen Anforderungen die Gefahr einer von Terroristen hergestellten Atombombe ausgeschlossen werden kann, ist die Aussicht einer mit radioaktiven Substanzen angereicherten "schmutzigen Bombe" oder eine « Vorrichtung zur Verbreitung von radioaktivem Material » (VVR) in den Händen von Terroristen bedrohlich genug. In der Debatte wurde dieser Punkt allerdings nuanciert. Denn Material für eine VVR können sich Terroristen auch andersorts beschaffen. So zum Beispiel in Krankenhäusern, die weitaus weniger streng bewacht sind als Kernkraftwerke.

Eine weitere Gefahr besteht darin, dass Terroristen sich Uran oder Plutonium von hoher Qualität beschaffen und damit eine Atombombe herstellen könnten. Wie erläutert wurde, wird dem mit gewissen technischen Verfahren, welche die Nutzbarkeit des nuklearen Materials zu terroristischen Zwecken bedeutend reduzieren, vorgebeugt. So wird bei der Mischung von Uran und Plutonium waffenfähiges Material gleich zu Beginn beseitigt. VVR sind davon nicht betroffen, doch wie wir gesehen haben ist die Herstellung einer VVR mit aus Kernkraftwerken stammendem Material eher unwahrscheinlich.

Ein weiterer Anlass zur Sorge sind die Forschungsreaktoren. Sie sind in der Regel viel weniger streng gesichert als Kernkraftwerke, nicht zuletzt weil Professoren und Studenten Zugang haben. Zudem verfügen viele Forschungsreaktoren über beträchtliche Mengen radioaktives Material und könnten deshalb zur Zielscheibe von Individuen oder Gruppierungen werden, die sich solches beschaffen wollen.



Ernst Hillebrand, FES Paris, Angelica Schwall-Düren, MdB

WELCHE ZUKUNFT FÜR ATOMWAFFEN

- Welche Abschreckungsdoktrin für Europa?
- Die Herausforderungen der Konferenz 2010 zur Überprüfung des Atomwaffensperrvertrags

Presentation of the SIPRI study: "The Future of Nuclear Weapons in NATO"

Ian Anthony, Senior fellow, SIPRI

Deutsche Perspektiven

Gernot Erler, Staatsminister im Auswärtigen Amt

Französische Perspektiven

Jean-Marie Bockel, Staatssekretär für Verteidigung und Kriegsveteranen beim Verteidigungsminister

Diskussion

Moderator : **Pascal Boniface**, Leiter des IRIS

In einer Rede in Prag am 5. April 2009 rief Obama zu einer Welt ohne Atomwaffen auf. Er betonte, dass, auch wenn dieses Ziel nicht in seinen Lebzeiten erreicht werden sollte, er es doch als die Aufgabe eines jeden betrachte, darauf hinzuarbeiten. Dieser neue Ton und neue Kurs des Staatsechfs einer der zwei nuklearen Supermächte hat in Europa einem neuen Dialog zum Thema den Boden bereitet. Die Frage ist, welchen Standpunkt Europa in dieser Debatte einnehmen soll. Ian Anthony, Senior Fellow am Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), stellte einführend eine Studie des SIPRI zum Thema « The Future of Nuclear Weapons in NATO » (Die Zukunft von Atomwaffen in der NATO) vor. Anschließend präsentierten Gernot Erler, Staatsminister im Auswärtigen Amt, und Jean-Marie Bockel, Staatsekretär für Verteidigung und Kriegsveteranen im französischen Verteidigungsministerium, die jeweilige Position ihrer Regierung. Aufgrund der Differenzen zwischen Frankreich und Deutschland, sowohl hinsichtlich des Status – Frankreich ist eine von zwei westeuropäischen Atommächten – als auch in Bezug auf die Frage, welche Rolle Atomwaffen in einer gemeinsamen europäischen Verteidigungsstrategie spielen sollen, löste dieses Thema eine sehr lebhaftte Debatte aus. .



Ian Anthony, SIPRI, Jean-Marie Bockel, Staatssekretär für Verteidigung und Kriegsveteranen, Pascal Boniface, IRIS, Gernot Erler, Staatsminister im Auswärtigen Amt

Heute erhalten die meisten Atommächte ihre Arsenale aufrecht, doch viele haben die Anzahl und das Sortiment ihrer Atomwaffen reduziert. Frankreich zum Beispiel beschränkt sich auf Unterwasser- und Luft-Boden-Systeme. Großbritannien, die zweite westeuropäische Atommacht, besitzt nur ein einziges Trägersystem, die Trident. Die USA verfügen weiterhin über drei verschiedene Systeme, doch einige Experten sind auch hier der Meinung, dass die Amerikaner sich früher oder später für ein einziges System entscheiden werden. Im Allgemeinen

hat mit der Abnahme der Atomkriegsgefahr seit dem Ende des Kalten Krieges auch die Zahl der Trägersysteme in Europa bedeutend abgenommen.

Trotz des signifikanten Abbaus von Atomarsenalen und Trägersystemen bleibt die atomare Abschreckung ein wesentliches Element der NATO-Politik. Einer aktuellen Studie des SIPRI zufolge bedürfen in erster Linie drei Fragen einer näheren Untersuchung.

Erstens hat sich die Gefahreneinschätzung gewandelt. Aufgrund der steten Entwicklung von Proliferationsstaaten zeichnen sich gewisse Bedrohungen, mit denen man erst in dreißig Jahren rechnete, bereits heute ab. Andere Gefahren sind unerwartet aufgetaucht – so zum Beispiel im Jahr 2007, als Israel eine syrische Anlage bombardierte, die seine Kapazitäten rascher entwickelt hatte, als vorausgesehen gewesen war. Auch herrscht Uneinigkeit über die politischen Absichten Russlands: Einige betrachten das neue selbstsichere Russland mit Besorgnis, während andere die Gefahr eines neuen Kalten Krieges als völlig unrealistisch ansehen. Und schließlich bleibt das schwer einzuschätzende Risiko, dass "Schurkenstaaten" bzw. nicht-staatliche Akteure sich Atomwaffen beschaffen. Um dies zu verhindern, vermeiden es die NATO und andere Verteidigungsbündnisse, ihre nuklearen Arsenale und sensiblen Technologien in der Nähe von Schurkenstaaten zu stationieren. Nach dem 11. September haben viele politische Persönlichkeiten verlauten lassen, dass Atomwaffen im Kampf gegen den Terror zum Einsatz kommen könnten. Allerdings muss dies in erster Linie dem Schock der Attentate zugeschrieben werden, denn die meisten Betroffenen bedauerten später ihre Erklärungen.

Zweitens könnten technische Entscheidungen der Streitkräfte zumindest einen Teil der "nuklearen Frage" schrittweise von selbst lösen. So scheinen zum Beispiel die USA eine progressive Entfernung der F-16 und gewisser anderer Kampfflieger aus ihrer Luftwaffe in Erwägung zu ziehen. An ihre Stelle könnte insbesondere die F-35 treten. Sollte die Entscheidung auf ein Flugzeug fallen, der für Atomwaffen nicht zertifiziert ist, würde dies in Richtung einer progressiven Eliminierung weisen, die aufgrund der Anforderungen der Zertifizierungsverfahren und aufgrund von technischen Entwicklungen der Trägersysteme gewissermaßen auf natürlichem Weg zu Stande käme.

Drittens gewinnen politische Überlegungen wie Solidarität oder Gerechtigkeit in der Frage der Anwendung von Atomwaffen immer mehr Gewicht, wodurch letztere zunehmend unwahrscheinlich wird. In der NATO müsste im Ernstfall die Zustimmung aller 28 Mitglieder eingeholt werden, bevor die Atomwaffe zur Anwendung kommen könnte. Diese wesentliche Hürde stellt letztendlich auch die Fähigkeit der NATO-Atomwaffen, als effizientes Abschreckungsmittel zu dienen, in Frage. Dementsprechend sind im Hinblick auf die Formulierung des nächsten NATO-Strategiekonzepts zahlreiche Fragen aufgetaucht, und es wurde empfohlen, auch die Option einer Abschaffung der nuklearen Arsenale offen zu halten.



Gernot Erler, Ministre Staatsminister im Auswärtigen Amt, Uta Zapf, MdB, Axel Berg, MdB

Die Franzosen, die sich mehrheitlich für eine Aufrechterhaltung der Atomwaffenarsenale aussprechen, gründen ihr Argument auf der Überzeugung, dass die EU in der Lage sein muss, sich gegen jeglichen Angriff von außen zu verteidigen --- auch gegen einen atomaren Angriff. Die Vorräte an nuklearen Brennstoffen weltweit sind beträchtlich, und in einer zunehmend instabilen Welt ist jederzeit mit einer bösen Überraschung zu rechnen. Folglich müssen alle Optionen offen gehalten werden, um die Mitgliedsstaaten gegebenenfalls in jeder möglichen Weise zu schützen. Die Atomwaffenbestände Frankreichs tragen daher zum Schutz des gesamten Staatenbündnisses bei. Gleichzeitig wurde allerdings hervorgehoben, dass die europäischen Atomwaffen ausschließlich zur Abschreckung dienen – und nicht für einen potentiellen Erstangriff -- und folglich nur im absoluten Ernstfall, d. h. im Falle einer existenziellen Bedrohung, zum Einsatz kämen.

Die deutsche Seite ist ihrerseits sehr angetan von der Idee des *Global Zero* – einer Welt ohne Atomwaffen. Dieses Konzept ist seit kurzem wieder auf die weltpolitische Agenda gerückt und erhielt durch die Rede des amerikanischen Präsidenten Obama in Prag neuen Auftrieb. Obamas Absichtserklärungen werden als signifikanter Kurswechsel der amerikanischen Außenpolitik verstanden. Auch Europa wird sich folglich mit der Frage neu auseinandersetzen müssen. Die Bedrohungen aus Nordkorea und dem Iran schwächen den NVV beträchtlich. Heute kommt die Gefahr nicht mehr von einem übermächtigen Akteur, der alle anderen in den Schatten stellt, sondern von einer Vielzahl von Akteuren und ungewissen Situationen, die alle asymmetrischen Risiken darstellen.



Ian Anthony, SIPRI, Jean-Marie Bockel, Staatsminister für Verteidigung und kriegsveteranen, Pascal Boniface, IRIS

Angesichts dieser Gefahren und im Hinblick auf eine Annäherung an das Ziel des *Global Zero* muss der Nichtverbreitungsvertrag gestärkt werden. Die Überprüfung des NVV im Jahr 2005 wurde als eine Niederlage erlebt. Um den Erfolg der Überprüfung von 2010 zu sichern, müssen Maßnahmen ergriffen werden, welche die Nichtproliferation und die Abrüstungsbemühungen unterstützen und die Umsetzung der Letzteren gewährleisten. Die Stärkung des NVV muss in mehreren Etappen vor sich gehen. Zuerst einmal müssen die Unterzeichnerstaaten die traditionelle Trennlinie „weniger Proliferation - mehr Abrüstung“ überwinden lernen, denn beides ist im Interesse aller Beteiligten. Zweitens muss der neue amerikanische Ansatz unterstützt werden. Obwohl Frankreich und Großbritannien, die zwei europäischen Atommächte, bereits gewisse Maßnahmen zur Abrüstung ergriffen haben, waren zahlreiche deutsche Teilnehmer der Ansicht, dass diese Ansätze verstärkt und die amerikanische Initiative voll und ganz unterstützt werden muss. Auf jeden Fall müssen die Maßnahmen, die im Rahmen der Überprüfung des NVV im Jahre 2010 ergriffen werden, Nichtproliferation und Abrüstung glaubwürdig stützen. Die NATO-Bündnispartner müssen dabei ihren Verpflichtungen nachkommen. Iran und Nordkorea werden als die größten Herausforderungen betrachtet, weil sie die internationalen Spielregeln entweder gar nicht beachten oder dies nur mit großem Vorbehalt tun. Der Iran macht zu seiner Verteidigung geltend, dass die Atommächte ihre Abrüstungsverpflichtungen nicht erfüllt haben. Sollten sich die USA und andere Atommächte zukünftig an ihre Verpflichtungen halten, so würde dies einen wichtigen Schritt zur Erreichung des *Global Zero* darstellen.

tungen halten und den Abrüstungsprozess fortsetzen, würde sich der Iran nicht mehr so leicht mit diesem Argument behelfen können.

Ebenfalls zur Sprache kam die Tatsache, dass sich ein beträchtlicher Anteil der weltweiten Atomwaffenarsenale in russischen Anlagen befindet, von denen einige die Kontroll- und Sicherheitsstandards völlig missachten. Da viele dieser russischen Waffen transportierbar und terroristische Gruppierungen zweifellos an ihnen interessiert sind, stellt die russische Situation eine potenzielle Gefahr dar. Allerdings gingen die Diskussionsteilnehmer davon aus, dass die amerikanische Regierung Russland mit politischem Druck zu strengeren Kontrollen bewegen und in der Abrüstungs- und Nichtverbreitungsdebatte eine positive Rolle spielen wird. Obama hat in dieser Hinsicht bereits die Initiative ergriffen. Für ihn ist die Abrüstungsfrage ein wichtiges Element seines außenpolitischen Strebens nach einer Wiederherstellung der amerikanischen Führungsposition. Ein französischer Teilnehmer gab zu Bedenken, dass eine amerikanische Führungsrolle unter Umständen nicht im Interesse Europas sei. Worauf einige deutsche Teilnehmer vorschlugen, Europa solle sich das durch die Prager Rede generierte politische Moment zu Nutze machen, um beim neuen START-Vertrag (Strategic Arms Reduction Treaty) aktiv mitzuwirken und so eine gleichberechtigte Rolle zu spielen. Allerdings engagiert sich Frankreich weniger stark für ein *Global Zero* als Deutschland. Frankreich will erst dann an den Verhandlungen teilnehmen, wenn die anderen Atommächte Maßnahmen zur Verringerung ihrer nuklearen Arsenale ergriffen haben.

Nichtsdestoweniger spielt Europa in einigen Abrüstungsfragen eine zentrale Rolle. So hat sich die EU klar gegen Atomtests ausgesprochen. Frankreich hat u. a. seine Atomtesteinrichtungen im pazifischen Ozean geschlossen und seine nukleare Flotte um einen Drittel reduziert. Durch seine Geschichte ist Europa besonders gut platziert, um einer Förderung der Sicherheit durch Zusammenarbeit und Partnerschaft das Wort zu reden. Einmal mehr wurde die Möglichkeit einer internationalen Uranbank als Mittel für eine solche Zusammenarbeit erwogen. Die Anreicherung von Uran und Plutonium ist in der Herstellung von Atomwaffen erwiesenermaßen ausschlaggebend. Eine solche Brennstoffbank könnte somit ein wichtiges Element darstellen in der Kontrolle derer, die Uran anreichern, und in der Überwachung ihrer Anlagen. Und schließlich muss Europa sicherstellen, dass die Atommächte ihre Nichtverbreitungsverpflichtungen einhalten und dass ihre Atomwaffen nur zur Abschreckung dienen und niemals für einen Erstangriff verwendet werden.

Ein deutscher Teilnehmer wies darauf hin, dass die Abschreckung an sich bereits ein gewisses Risiko darstellt. Deshalb sollte die Politik im Hinblick auf die Nichtverwendung der Atomwaffe zum Erstangriff sehr deutlich sein. Ein anderer deutscher Teilnehmer ging noch einen Schritt weiter und meinte, dass wenn alle Atommächte sich dazu verpflichten würden, Atomwaffen nur als Antwort auf einen atomaren Angriff zu verwenden – d. h. wenn alle die "Kein Erstangriff"-Politik strikt einhalten würden –, dass dann das nukleare Gleichgewicht gewährleistet wäre und die Atomwaffen de facto nutzlos wären. Hier liegt die Widersprüchlichkeit von Atomwaffenprogrammen. Wie ein französischer Teilnehmer bemerkte, ist die Abschreckung auch mit kleineren Arsenalen möglich. Zehn bis zwanzig Atomwaffen sind genug, um andere Länder anzugreifen oder abzuschrecken. So kann Europa guten Gewissens weiter auf Abrüstung hinwirken, auch wenn die Möglichkeit einer Welt ohne Atomwaffen noch in weiter Ferne liegt oder gar unrealisierbar scheint. Denn das Ziel einer Welt ohne Atomwaffen würde bedeuten, dass alle Staaten, nicht nur die Atommächte, ein Abkommen unterzeichnen. Nicht zuletzt müsste China, das einzige Land, das sein Atomwaffenarsenal beträchtlich aufgestockt hat, natürlich mit von der Partie sein.

Alle Teilnehmer waren sich einig, dass ein starkes Kontrollsystem für die weitere Abrüstung und die Gewährleistung der Nichtverbreitung von zentraler Bedeutung ist. Ohne ein solches wird kein Abkommen in der Lage sein, die internationalen Ziele effizient unterstützen. Ein rigoroses präventives Kontrollsystem ist unerlässlich, denn wenn Nuklearwaffen erst einmal eingeführt worden sind, gibt es kein Zurück mehr. Dieses System müsste über zahlreiche effiziente Instrumente verfügen, um die Überwachung sicherzustellen. Im Laufe der Debatte wurden folgende Fragen laut: Ist die Kontrolle allein eine zwischenstaatliche Angelegenheit, oder sollte auch die Industrie in den Prozess mit einbezogen werden, sofern sie zur Transparenz beitragen

kann? Ist die IAEA in der Lage, eine solche Überwachung, die ja in erster Linie Nukleartechnologie zu friedlichen Zwecken betreffen würde, zu gewährleisten?

Mit der Kontrollfrage einher geht die Frage, wie im Falle eines inakzeptablen Nuklearprogramms oder der Aufdeckung eines Atomwaffenprogramms reagiert werden soll. Wie soll die Antwort der internationalen Gemeinschaft ausfallen? Ein deutscher Teilnehmer empfahl, solche Fälle dem UN-Sicherheitsrat zu überantworten. Selbst dann aber muss eine klare und kohärente Position eingenommen werden. Politische Machtspiele sind im Interesse der Sicherheit und angesichts der Notwendigkeit einer eindeutigen Botschaft zu vermeiden. Zudem verweigern Diktatoren und autoritäre Regimes in der Regel den Zugang zu ihren Atomprogrammen und missachten ihre internationalen Verpflichtungen. Folglich müssen Mittel gefunden werden, zu verhindern, dass diese Staaten ihre Pflichten verletzen und Alleingänge unternehmen.



Uta Zapf, MdB, Axel Berg, MdB

DAS PROLIFERATIONSRISIKO UND MÖGLICHE MAßNAHMEN

- Die Instrumente im Kampf gegen nukleare Proliferation : der NPT und die UN-Resolution 1540
- Proliferation und Terrorgruppen : Risiken und mögliche Szenarien

Deutsche Perspektiven

Uta Zapf, MdB, Deutscher Bundestag

Französische Perspektiven

Jean-Pierre Chevènement, Senator des Territoire de Belfort, Vize-Präsident des Ausschusses für Auswärtiges Angelegenheiten, Verteidigung und Streitkräfte im Senat, Minister a.D.

Xavier Jarry, militärischer Berater des Leiters der Abteilung militärische Anwendungen, Kommissariat für Atomenergie

Diskussion

Moderator : **Jean-Pierre Maulny**, stellvertretender Leiter des IRIS

In der letzten Debatte des 20. *Cercle stratégique* ging es um die bestehenden und potenziellen Risiken der nuklearen Proliferation und um mögliche Maßnahmen zur Prävention oder zum Umgang mit diesen Risiken. Den deutschen Standpunkt legte die SPD-Bundestagsabgeordnete Uta Zapf dar, den französischen Standpunkt präsentierten Jean-Pierre Chevènement, Vizepräsident des Senatausschusses für Außenpolitik, Verteidigung und Streitkräfte und Xavier Jarry, militärischer Berater des Leiters der Abteilung für militärische Anwendungen im Kommissariat für Atomenergie.



Uta Zapf, MdB, Jean-Pierre Maulny, stellvertretender Leiter des IRIS

Die von den Teilnehmern genannten Risiken und Probleme lassen sich in zwei Kategorien unterteilen: Risiken, die von staatlichen Akteuren ausgehen und solche, die von nicht-staatlichen Akteuren ausgehen – auch wenn die Grenze nicht immer klar gezogen werden kann. Wie bereits erwähnt, kann die Tatsache, dass gewisse Staaten Atomwaffen besitzen – oder sich beschaffen könnten –, regionale Gleichgewichte gefährden und zu einem Rüstungswettlauf führen, in dem nukleare Arsenale entwickelt oder aufgestockt werden. Dies zeigt sich deutlich am Beispiel Pakistans und Indiens. Die beiden Staaten sind nicht auf Abrüstung ausgerichtet, sondern haben im Gegenteil die Tendenz, ihre atomaren Arsenale aufzustocken. Auch im Nahen Osten ist die Situation heikel. Wie die Teilnehmer in den beiden vorhergehenden Diskussionen bemerkten, könnte ein Iran mit Atomwaffe Saudi Arabien dazu veranlassen, sich ebenfalls ein nukleares Arsenal zu beschaffen. Zudem ist klar, dass Israel einen atomaren Iran nicht akzeptieren würde. Diese zwischenstaatlichen politischen Mechanismen stellen für ein "Global Zero" eine ernsthafte Hürde dar. Auch Nordkorea mit seinen Atomtests und seiner konfliktiven Haltung gegenüber der internationalen Gemeinschaft – die vor kurzem durch einen Raketenstart über japanisches Gebiet hinweg zum Ausdruck kam – stellt ein großes Risiko dar. Wie betont wurde, scheint es angesichts der potenziellen wirtschaftlichen, politischen und ökologischen Folgen eines Atomkriegs – selbst wenn diese regi-

onal beschränkt sein sollten – unerlässlich, dass Europa, die USA, Russland und andere globalen Akteure mit vereinten Kräften auf ein "Global Zero" hinwirken, und sollte es Jahrzehnte dauern.

Die deutschen und französischen Teilnehmer waren sich einig, dass China für den Erfolg der Nichtverbreitungspolitik und der Verhandlungen zur Überprüfung des NVV im Jahre 2010 sowie generell für das Ziel "Global Zero" eine zentrale Rolle spielt. Zurzeit baut China sein Atomwaffenarsenal aktiv aus. Ein französischer Teilnehmer bemerkte, dass China es der Sowjetunion des Kalten Krieges gleichtut und versucht, ein dem der USA entsprechendes Arsenal aufzubauen. Könnte China dazu gebracht werden, seine Atomwaffenbestände einzuschränken? Dies ist eine entscheidende Frage. Auch Indien hat weiterhin nicht nur mit Pakistan, sondern auch mit China ein nicht problemfreies Verhältnis. Aufgrund dieser historischen Differenzen unterstützten viele Chinesen sogar den Erwerb der Atomwaffe durch Pakistan. Somit haben wir in Asien drei Nachbarstaaten mit nuklearen Arsenalen, die nicht immer die besten nachbarschaftlichen Beziehungen unterhalten.

Mehrere deutsche Teilnehmer betonten zudem die Gefahr der ungewollten Proliferation durch den Export von Nukleartechnologie. Selbst wenn die Exportländer ihre Exporte streng kontrollieren, kann nicht garantiert werden, dass das Fachwissen und die Technologie nicht in die Hände Dritter gelangen, sofort oder zu einem späteren Zeitpunkt. Auch kann es, wie bereits erwähnt, geschehen, dass ein Staat, der sämtliche Anforderungen und Kriterien zum Import von Nukleartechnologie erfüllt, nach dem Import einen unerwarteten Regimewechsel oder politischen Umsturz erlebt und so das legal importierte Material in die falschen Hände gelangt. Wenn die Technologie und das Fachwissen erst einmal geliefert worden sind, gibt es kein Zurück mehr.

Ohne die zahlreichen Proliferationsrisiken in Abrede zu stellen, warf ein französischer Teilnehmer die Frage auf, wie reell die Gefahr einer Anwendung der Atombombe nach Erwerb der notwendigen Technologie wirklich sei. Trotz der kriegesischen Rhetorik des iranischen Präsidenten Mahmoud Ahmadinedschad gegenüber Israel bedeutet ein atomarer Iran nicht automatisch Krieg. Selbst wenn die Gefahr eines Krieges dadurch erhöht würde, sind die Gründe, weshalb ein Land sich die Atomwaffe beschaffen will, sehr unterschiedlich und nicht ausschließlich militaristisch. Ein deutscher Teilnehmer meinte, der Iran versuche durch den Besitz der Atomwaffe "unsanctionable" zu werden. In diesem Sinne ist die Atomwaffe nicht nur ein mächtiges Kriegsinstrument, sondern auch eine starke politische Waffe. Der gleiche deutsche Teilnehmer sprach auch von einer Doppelmoral im Bereich Atomwaffen. Die westlichen Staaten wollen einen atomaren Iran um jeden Preis verhindern, während Indien, das beim Erwerb seiner Atomwaffe einen ganz ähnlichen Weg einschlug, zwar für kurze Zeit politische Sanktionen zu tragen hatte, doch anschließend breite Akzeptanz fand. Der Fall Indien zeigt, wie ein Land, das sich nicht an der internationalen Nichtverbreitungspolitik beteiligt, eine Sonderbehandlung erfährt.



Noch besorgniserregender als die staatliche Proliferation scheint dagegen die Rolle nicht-staatlicher Akteure. Diese Sorge ist seit den Attentaten des 11. September 2001 in New York und Washington und dem darauf folgenden "Krieg gegen den Terror" noch greifbarer geworden. Einerseits wird befürchtet, dass Terroristen oder andere nichtstaatliche Gruppierungen nukleares Material aus zivilen Kernenergieanlagen – die im Einklang mit dem letzten Pfeiler des NVV gesichert sind – entwenden oder diese Anlagen angreifen könnten, um eine nukleare Katastrophe wie die von Tschernobyl hervorzurufen. Dies führt uns zurück zu den vorhergehenden Diskussionen über Nukleartechnologie zu friedlichen Zwecken und ihren inhärenten Risiken.

Auch die sogenannten "loose nukes" (die unauffindbaren Atombomben) stellen eine echte Gefahr dar. Diese Gefahr muss allerdings nach Ansicht mehrerer französischer und deutscher Teilnehmer nuanciert werden. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist ein Großteil ihres Atomarsenals unter ihren fünfzehn ehemaligen Republiken aufgeteilt worden. Dank internationaler Unterstützung und nationaler Initiativen zur Sicherung der Arsenale konnte eine Proliferationsdynamik jedoch verhindert werden – auch wenn nicht alle Sorgen ausgeräumt werden konnten. Wie betont wurde, könnten nur relativ wenige potenzielle Käufer mit dem gestohlenen Material etwas anfangen, geschweige denn, eine Atombombe herstellen. Es wurde die Ansicht geäußert, dass die Angst vor einem nuklearen Terroranschlag vielleicht übertrieben ist und wir eine realistischere Einschätzung der Risiken vornehmen sollten. Wie bereits erwähnt, verfügen nukleare Anlagen in der Regel über höchste Sicherheitsvorkehrungen. Andere Orte, wie z. B. Krankenhäuser, sind für Terroristen, die sich radioaktives Material für eine "schmutzige Bombe" beschaffen wollen, in Wirklichkeit viel interessanter.

Die Maßnahmen und Vorkehrungen, welche die Teilnehmer angesichts bestehender und potenzieller Risiken vorschlugen, waren in der Regel politischer Natur und zielten auf bessere internationale Zusammenarbeit, Gewährleistung der Nichtverbreitung und Förderung der Abrüstung ab. Zum Thema internationale Zusammenarbeit bemerkte ein deutscher Teilnehmer, dass eine Unterzeichnung des NVV durch die Staaten, die das noch nicht getan haben, ein wichtiger Schritt zu seiner Stabilisierung wäre und ihm im Gefolge der für 2010 anberaumten Überprüfung neuen Auftrieb geben würde. Die Nichtverbreitung ist ein Pfeiler des NVV, die Frage des Zugangs zu Nukleartechnologie zu friedlichen Zwecken ein anderer, nicht weniger bedeutender. Letzterer kann für Staaten, die den Vertrag noch nicht unterzeichnet haben, ein Anreiz sein, dies zu tun.

Die Initiative zur Proliferationssicherheit (engl.: *Proliferation Security Initiative* PSI) ist ein weiteres wichtiges Instrument im Kampf gegen die Proliferation. Sie gibt u. a. die Möglichkeit, jedes Schiff, das durch die Gewässer eines Staates oder durch nicht-territoriale Gewässer fährt und von dem der legitime Verdacht besteht, dass seine Fracht für Staaten oder nichtstaatliche Akteure bestimmt ist (oder von ihnen stammt) über deren Proliferationsabsichten Zweifel bestehen, zu durchsuchen und ggf. die Fracht zu beschlagnahmen. Allerdings stellt dies eine echte politische Herausforderung dar, denn Schiffe können ohne einschlägige seerechtliche Bestimmungen nicht so leicht konfisziert werden. Solange das Seerecht eine solche Konfiszierung nicht vorsieht, kann die PSI nicht vollständig angewandt und umgesetzt werden.

Einige Diskussionsteilnehmer hoben hervor dass die Maßnahmen gegen Proliferation oft die unerwünschte Nebenwirkung haben, dass sie auch für Länder, die keine militärischen nuklearen Ziele hegen, sondern die Nukleartechnologie einzig zu friedlichen Zwecken verwenden möchten (gemäß Artikel IV des NVV), die Verfahren erschweren.

Obwohl die Maßnahmen im Kampf gegen die Proliferation kostspielig sind und darüber hinaus nicht selten als illegitim betrachtet werden, haben einige Länder auf diesem Feld eine Führungsrolle übernommen und gehen in der Abrüstung mit gutem Beispiel voran. Die Atommacht Frankreich hat hier ein beispielhaftes Verhalten an den Tag gelegt. Sie ist der einzige Staat, der irreversible Schritte unternommen hat – Zeichen eines starken und kostspieligen Engagements. So hat Frankreich z. B. die Schließung von Anlagen zur Herstellung spaltbarer-

Materialien und von Testgeländen beschlossen. Frankreich ist vielleicht das einzige Land, das Atomwaffen vernichtet, sobald sie nicht mehr einsatzfähig sind. Auch wurde eine spezielle Abteilung im Verteidigungsministerium geschaffen, um das Gewicht auf Abrüstung und Nichtverbreitung zu legen. Frankreich erhält sein Atomarsenal zwar aufrecht, doch betont klar und deutlich, dass damit keine kriegserische Absicht sondern einzig Abschreckung bezweckt wird.

Die Risiken sind reell, doch ist gleichzeitig schwer zu bestreiten, dass zahlreiche Maßnahmen zur Förderung der Abrüstung und zur Verhinderung von Proliferation ergriffen worden sind. Zu den wichtigsten Maßnahmen gehören die Exportbeschränkungen. Auch wenn Einige die bestehenden Vorkehrungen für ungenügend halten, ist nicht zu leugnen, dass die Gesamtanzahl von Atomwaffen weltweit beträchtlich verringert werden konnte und die Staaten weiterhin in diesem Sinne verhandeln. Dies darf nicht vergessen werden, denn wie ein deutscher Teilnehmer unterstrich, ist eine glaubwürdige Abrüstungspolitik das beste Mittel im Kampf gegen Proliferation auf zwischenstaatlicher Ebene.

Die Teilnehmer nannten weitere Methoden und Maßnahmen, welche die Kontrollen zur Proliferationsvermeidung stärken und eine Abrüstungskultur fördern könnten. Viele betonten, dass Gesetze alleine nicht ausreichen. Die Probleme zwischen den Organisationen müssen ernsthaft angegangen werden, und auch auf lokaler Ebene muss mehr getan werden. Besondere Aufmerksamkeit muss der Reaktionsgeschwindigkeit und den technischen Instrumenten zur Informationsbeschaffung und Erkennung zukommen. Die Technologie muss ohne Übermäßige Risiken exportiert werden können, und Importeure müssen Transparenz und Kontrolle gewährleisten. Dazu müssen sämtliche einschlägigen Vereinbarungen und Abkommen verstärkt und universalisiert werden. Als der NVV erweitert wurde, haben gewisse Länder – z. B. Südafrika – auf ihre Waffen verzichtet. Dies schafft ein Vertrauensverhältnis und trägt zu mehr Sicherheit bei.

Besonders betont wurde die Chance, welche die Wahl Barack Obamas darstellt. Viele deutsche Teilnehmer betrachten sie als eine historische Gelegenheit für Initiativen zur Rüstungskontrolle und Abrüstung. Ein französischer Teilnehmer bemerkte dazu, die Abrüstungsabsichten seien gewiss lobenswert, doch in der Zwischenzeit würden die Waffen wohl oder übel existieren, und folglich bestehe in der Öffentlichkeit ein Erklärungs- und Kommunikationsbedarf hinsichtlich ihres Nutzens. Es sind in erster Linie politische und ökonomische Überlegungen, die hinter der "Notwendigkeit" dieser Waffen und ihrem hypothetischen Einsatz stehen. In dieser Hinsicht war die Rede Obamas in Kairo am 4. Juni 2009 von großer Tragweite, denn sie nannte explizit die unterschweligen Spannungen und Probleme, die den Besitz, bzw. den Einsatz von Waffen notwendig machen. Zudem brachte Obama seine Absicht zum Ausdruck, den Kernwaffenteststopp-Vertrag (engl.: *Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty*, CTBT) zu unterstützen. Die Ratifizierung dieses Vertrags durch den amerikanischen Senat wäre ein starkes Zeichen für die Absichten der USA, ein reelles Moratorium über Atomtests zu verhängen, und könnte andere Staaten zur Unterzeichnung des Vertrages veranlassen – insbesondere den Iran. Dementsprechend waren sich alle Teilnehmer einig, dass so bald wie möglich ein neuer CTBT ausgearbeitet werden muss. In dieser Hinsicht ist es im Interesse Europas, mit den USA, Russland und den anderen Atommächten eng zusammenzuarbeiten, um die breitestmögliche Unterstützung zu erreichen.

Protokoll: Matthew Dearborn, IRIS
Übersetzung: Diane Cohen

Friedrich-Ebert-Stiftung
Büro Paris
41 bis, bd. de la tour-Maubourg
75007 Paris
www.fesparis.org

Institut de Relations
Internationales et Stratégiques
2 bis, rue de Mercoeur
75011 Paris
www.iris-france.org